

DIAS-Kommentar

Nr. 134 • Juni 2008

Christian Rieck

Bemerkung zum europäischen Traum

www.dias-online.org

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Herausgeber
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© 2010, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

Bemerkungen zum Europäischen Traum

Europa et Utopia ?

Mit großer Erleichterung wurde unter portugiesischer Ratspräsidentschaft der „Vertrag von Lissabon“ von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union unter Dach und Fach gebracht. Feierliche Unterzeichnung war am 13. Dezember 2007 im Lissabon. Doch schon der „Verfassungsgipfel“ in Brüssel im Juni 2007 unter deutscher Ratspräsidentschaft war ein Rückschritt in die Logik der intergouvernementalen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen, die einst in Nizza an seine Grenzen gelangt war. Ein „Reformvertrag“ oder auch „Grundlagenvertrag“ hat Verfassungsgehalt und sollte als solches mehr sein als eine komplexe Paketlösung. Daher war die Formulierung einer „Verfassung für Europa“ damals einer europaverfassungsrechtlichen Innovation anvertraut worden, dem eigens geschaffenen „Konvent zur Zukunft Europas“. Die Verhandlungen zogen sich über anderthalb Jahre hin und waren trotz der Kritik an Giscard's „Direktorium“ im Grunde öffentlich und transparent. Sie erfreuten sich einer regen Teilnahme der unterschiedlichsten Akteure – sowohl der mitgliedstaatlichen Organe wie auch der organisierten Zivilgesellschaft. Für die Qualität der Konventsentwürfes sprach, dass er als „Vertrag über eine Verfassung“ vom Kollegium der Staats- und Regierungschefs einstimmig angenommen wurde.

Doch die Geburt war alles andere als unkompliziert. Utopien als Motivationsfaktoren, als Rückbindung des Tagesgeschäfts an das Pathos hehrer Ziele, wirken nur langsam. Die Europaidee ist wirkmächtig, auch in der breiten Bevölkerung, doch lassen sich Europautopien schwer von der politischen Unzufriedenheit der Völker und Eliten abtrennen. Das war schon oft so in der Geschichte der Europäischen Integration:

Der Europarat, 1949 mit großer Euphorie gegründet, enttäuschte die Erwartungen der Föderalisten schon bald, als ab 1950 immer wieder Vorschläge, mit ihm verbundene supranationale Institutionen zu schaffen, am Widerstand der Briten und Skandinavier scheiterten – und er damit im kommenden europäischen Gefüge marginalisiert wurde. Paul Henri Spaak trat gar vom Vorsitz zurück, nachdem es dem Europarat ebenfalls nicht möglich gewesen war, den Plan einer Europäischen Armee (EVG) zu unterstützen. Mit der von Monnet und Schuman erdachten Methode der Koordination nicht auf intergouvernementaler Ebene sondern durch supranationale Behörden waren gemeinsame Landstreitkräfte in den kontinentaleuropäischen Hauptstädten nur im Paket mit einer echten Politischen Gemeinschaft (EPG) oder einer stärkeren Wirtschaftszusammenarbeit durchsetzbar. Nach vielen Mühen und Kompromissen scheiterte die EVG schließlich 1954 in der französischen Nationalversammlung. Kühl kommentierte Monnet das Verhandlungsergebnis mit den Worten, das Einzige, was an Supranationalität übrig geblieben sei, sei die gemeinsame Uniform. Die Zeit war noch nicht reif gewesen für diese Form von weitgehender Zusammenarbeit in diesem nationalstaatlich hochsensiblen Politikfeld. Ein ambitioniertes europäisches Integrationsprojekt war gescheitert und hatte der Idee Europa einen harten Schlag versetzt noch ehe sie richtig wirkmächtig werden konnte. Ohne Rückschläge ist dieses „Europa“ also nicht denkbar. Damals wie heute sprach man von der „Krise Europas“.

Das Projekt Europa ist ein offenes. Ein endgültiges Integrationsziel, ein konkreter Finalitätsbegriff jenseits der allgemeinen Werte und Ziele der Union, hätte das Einigungswerk der Union wohl mehr belastet denn befördert. Sie ist heute Staaten- und Bürgerunion. Dieser offene –

aber nicht wertfrei – Finalitätsbegriff ermöglicht erst den Streit um Richtung und Geschwindigkeit der sich wandelnden und entwickelnden, der sich erweiternden und vertiefenden Union, indem er Raum lässt für unterschiedliche Visionen, die jedes Mitglied mit gleichberechtigter Stimme vorzutragen vermag. Unterschätzt wird oft, dass die Attraktivität und der Erfolg des Europäischen Projekts maßgeblich von dieser Teilhabe (ownership) abhängen: Diese Form der Partizipation erst ermöglicht die Rückbindung der Integrationsdebatte auf der Gemeinschaftsebene an die nationale Deutungs- und Legitimationsebene und erzeugt damit eine gewisse Loyalität („Europatreue“). Das macht „Europa“ zu einer ewigen Baustelle – einem Jahrhundertwerk im Wortsinne. Jeder Integrationsschritt ist dabei nur im Kontext der europäischen Verfassungspolitik zu verstehen, er ist gleichermaßen ein Ergebnis innerer wie äußerer Faktoren, abhängig also vom politischen Willen der beteiligten Akteure sowie von externen Schocks, die auf das Unionssystem einwirken. Eine Schwäche muss das nicht sein, hat dieses Modell doch eine beachtliche Dynamik erzeugt, die durch eine piecemeal integration, eine schrittweise und also sektorale Integration mittlerweile eine Tiefe von Staatlichkeit erreicht hat, die etwa Bogdandy in Anlehnung an Voltaires Wort von der grande république als „europäische Republik“ bezeichnet.

Das neue Millennium schien tatsächlich prachtvoll zu beginnen für Europa. Die Integrationsdynamik in der Union hatte sich seit dem Schrittmacher Maastricht (1991) nachhaltig beschleunigt und gipfelte schließlich in einem ambitionierten innen- und außenpolitischen Programm zur Stärkung und Sicherung der Stellung Europas in der Welt. Dann folgte das annus europaeus 2004 mit der zurecht gefeierten Rückkehr der zehn mittelosteuropäischen Staaten nach Europa und der feierlichen Unterzeichnung des Verfassungsvertrages in Rom, der Geburtsstadt der Union.

Dieses Programm war Ausfluss eines gewandelten europäischen Selbstverständnisses und eines neuen emanzipatorischen Selbstbewusstseins der Union seit dem Wendejahr 1989. Dieser geopolitische Ehrgeiz war aber zugleich einem euphorischen Konsens geschuldet, der weite Teile der europäischen und mitgliedstaatlichen Eliten gleichermaßen erfasst hatte: Dass nämlich das Europäische Projekt nach Bezwingung der Eurosklerose der 1980er Jahre nunmehr unumkehrbar sei und sich die Zustimmung dazu in der europäischen und den nationalen Öffentlichkeiten wie von selbst einstellen würde. Ja, Europa sei das Hohe, Schöne, Gute selbst.

Das Demokratiedefizit

Bei aller Kritik an den Mühen der Ebene, die europäischen Eliten waren für die Bürgerängste nicht gänzlich unempfindlich gewesen. Die Debatte um das „demokratische Defizit“ der Union hatte schon 1979 zur ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments geführt und über die Jahre ein deutliches Mehr an Transparenz- und Publizitätspflichten auch für das Handeln von Kommission und Rat gebracht. Seit Maastricht existierte gar als Ergänzung der jeweiligen nationalen Staats- eine Unions-Bürgerschaft, die den Status als citoyen européen offenbar machen sollte. Schließlich berief der Europäische Rat mit der Erklärung von Laeken im Dezember 2001 einen „Konvent über die Zukunft Europas“ ein, den er mit der Ausarbeitung einer Europäischen Verfassung betraute. Festlich sprach die Erklärung von der historischen Bedeutung der europäischen Einigung und der Friedensmission Europas. Arbeitsziele waren neben einer Zusammenführung der bestehenden Verträge und der Vereinfachung der Instrumente der Union explizit Demokratie, Transparenz, Effizienz, Bürgernähe und die Klärung von Zuständigkeiten innerhalb der EU. Es findet ganz offensichtlich eine „Rückkehr der Normativen“ in die Integrationsdebatte statt.

Die im Verfassungsstaat verfasste Staatsgewalt kehrt auf die Bürger zurück und geht von ihnen aus. Träger des *pouvoir constituant* ist nicht „das Volk“ in einem fiktiven oder realen Naturzustand, Subjekte sind die kulturell aneinander gebundenen Bürger der Bürgergemeinschaft. Dies schlägt die Brücke zum Demokratieprinzip: Freiheitliche Demokratie wohnt dem menschen- bzw. bürgerrechtlichen Konzept inne und ist also lediglich organisatorische Konsequenz der Menschenwürde. Aus der „Ungleichzeitigkeit“ der Europäisierung von politischer Willensbildung und politikfeldbezogener Kompetenzordnung allerdings erwächst als Konfliktpotential das häufig beklagte „Demokratiedefizit“ der EU. Der Legitimationsbedarf des Regierens nimmt aber mit der Schwere der potentiellen Verletzung von Interessen und Präferenzen zu. In einem tief integrierten Verfassungssystem mit zum Teil redistributiver Wirkung wie der EU ist dies kein geringer Einwand.

Die Verfassungsdebatte als „Fenster zur Welt“

Die seit dem *fin-de-siècle* verstärkte tosende Verfassungsdebatte sollte also die „Fenster zur Welt“ öffnen und die Union wieder ihren Bürgern näher bringen. Von einer „konstitutionellen Neugründung Europas“ war die Rede, von einem *constitutional moment*, vergleichbar der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung 1776 oder der Schwur der Abgeordneten in der französischen Nationalversammlung 1789. Überwunden schienen mit der Hinwendung zum Konventsmodell die endlosen Verhandlungsrunden hinter verschlossenen Türen, die die Intergouvernementalen Konferenzen bestimmt hatten.

Unter breiter Beteiligung auch der interessierten Zivilgesellschaft arbeitete der Konvent anderthalb Jahre an seinem Entwurf, dieses Deliberationsmodell sollte in der Geschichte der EU eine neue qualitative Stufe der Legitimation erklimmen. Die Regierungskonferenz im Anschluss an den Konvent unterschied sich dann tatsächlich grundlegend von allen vorangegangenen Vertragskonferenzen seit der Einheitlichen Europäischen Akte 1986. Erstmals lag schon zu Beginn der Verhandlungen ein weitgehend ausgehandelter und allseits konsensfähiger Vertragsentwurf vor, der am 29. Oktober 2004 dann von den Mitgliedstaaten in der Ewigen Stadt unterzeichnet werden konnte. Bisher haben 14 von 25 Staaten den Verfassungsvertrag ratifiziert.

Das Scheitern des Verfassungsentwurfs im Mai und Juni 2005 in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden hat die EU allerdings in ihre bisher schwerste politische Krise gestürzt, aus der auch die verordnete „Reflexionsphase“ bisher keinen Ausweg gefunden hat. Plötzlich werden auch andere Schwächen in der Union wieder stärker wahrgenommen: die ökonomische Krise und das Scheitern des Lissabon-Prozesses, die kraftlose Außenpolitik und das Ermüden des Barcelona-Prozesses, die schwerfällige, oft blockierte Verteidigungspolitik und das Verfehlen der European Headline Goals, schließlich die Identitätskrise der Union, die sich vor allem in der aktuellen Erweiterungsmüdigkeit und der Debatte um die Aufnahmefähigkeit der Union ausdrückt. Europas Utopienvorrat scheint verbraucht.

Freilich, nicht alle Großprojekte sind gescheitert. Der Wert der EU liegt gerade nicht in dieser Form von Hochglanzpolitik, sondern vielmehr in der institutionellen Verflechtung, Einwirkung und Einhegung – man mag dies durchaus „dialektisch“ nennen – nationalstaatlicher Interessen und Gefahren. Im Dauerrauschen der Kritik droht dabei zweierlei verloren zu gehen: die identifikatorische Wirkung eines mittlerweile selbstverständlichen europäischen Alltags und das Bewusstsein für die andauernde weltweite Attraktivität der Union. Es geht um nichts

Minderes als die Indienstellung des Nationalen fürs bonum comune europaeum und seinen Beitrag zum Frieden in der Welt.

Interdependenzen im neuen Investiturstreit

Die Nachführung der Europäischen Verträge im Konvent zeigt: Verfassungspolitik ist Finalitätspolitik – und damit schlussendlich Identitätspolitik. Denn sie bestimmt das Ziel des europäischen Weges. Es geht also um Herz und Seele Europas. Daher gewinnt dieser moderne Investiturstreit an besonderer Bedeutung: Wer setzt die Verfassung? Wer besitzt die Deutungshoheit, wer die Legitimation im Verfassungsprozess? Wer ist Taktgeber des „Europäischen Konzerts“ – Mitgliedstaaten oder Europäische Institutionen?

Die Konventsmethode hat für diese Bedingungsfaktoren der Konstitutionalisierung der Union eine genuin europäische Öffentlichkeit geschaffen und die Dynamiken des Wettstreits der Ideen in dieser Politikarena offen gelegt. Ein Charakteristikum von Verfassungspolitik war und ist dabei, dass sich rechtliche Norm und politische Normativität überlappen und sich gleichzeitig gegenseitig bedingen.

Im rechtlichen Kosmos ist den unterschiedlichen Akteuren zwar im Kompetenzgefüge eine spezifische Rolle zugeschrieben, im politischen Kosmos sind diese allerdings aufs Innigste verflochten. Da das rechtliche und das politische Gewebe aufeinander einwirken und sich gegenseitig bestimmen, kann keine Ebene in diesem komplexen Gebilde ohne die andere agieren. Die Frage nach dem Ort des „Gravitationszentrums“ Europas ist also falsch gestellt. Europäische Verfassungspolitik geschieht weder ausschließlich in Brüssel, aber genauso wenig in Berlin, Paris oder London.

Was aus demokratietheoretischer Sicht problematisch erscheint, nämlich das Verflüssigen von Verantwortlichkeiten im governance-Netzwerk in der Union, wirft spieltheoretisch gerade den größten Mehrwert ab. Es ist diese „Verflechtungsfalle“ im Sinne Scharpfs, die die einstigen Antagonisten in ein Mehrebenenspiel zwingt – und also in die nicht bloß „symbolische“, sondern „konkrete Schicksalsgemeinschaft“. Sie beinhaltet einerseits ein voluntaristisches (weil der Beitritt zum *acquis communautaire* freiwillig ist) und andererseits ein determiniertes Element (weil der Austritt aus dem Integrationssoj sehr viel schwieriger ist). So paradox dies klingen mag, doch auch das ist der identifikatorische Wert des europäischen Alltags.

Ein Europäischer Traum

Man sollte sich immer wieder ins Gedächtnis rufen: Vieles vom heutigen Entwicklungs- und Besitzstand lag noch vor 20 Jahren im Bereich des Phantastischen. Wohl sichtbarstes Zeichen der Normalität Europas ist die Selbstverständlichkeit, mit der die Mitgliedstaaten und deren westliche Verbündete der Gemeinschaft die Hauptrolle bei Entwicklung und Wiederaufbau Osteuropas zugeordnet. Solch eine unverhüllte außenpolitische Darbietung der EG hätte ein, zwei Jahrzehnte zuvor den bitteren Widerstand seiner eigenen Mitglieder hervorgerufen. Auch das heute selbstverständliche Wort von der „Konstitutionalisierung der Verträge“ war vor wenigen Jahren noch mit einem Tabu belegt.

Europa braucht diese Art von positiven Utopien, keine Untergangphantasien. Ein ambitioniertes Finalitätsziel könnte ein solches Utopia sein. Doch selbst wenn eines Tages ein konkreter Finalitätsbegriff gefunden werden sollte, wird dieser in jedem Falle aber nur für die Union, also das Europa im engeren Sinne gelten können. An den Rändern wird „Europa“ wie

terhin unscharf bleiben (müssen). Zu diesen Unschärfen zählen zum einen die Mitgliedschaften in den unterschiedlichen Verbänden des Greater Europe – Europarat, NATO und OSZE –, zum anderen unterhalb der Schwelle der Vollmitgliedschaft die verschiedenen Assoziierungsmodelle zur EU selbst. Sie alle sind Ausprägungen eines „dynamischen Mitgliedschaftsmodells“ für die Wertegemeinschaft Europas. Dieses „offene Europa“ als „flexibler Regelungsraum“ ist ein Erfolg versprechendes und bewährtes Modell – als ein System sich überlappender Regelungsbereiche unterschiedlicher Integrationstiefen und damit Werk eines supranationalen asymmetrischen Föderalismus.

Jeglicher Finalitätsbegriff darf eines nicht sein: ein Rückschritt ins nationalstaatliche Jahrhundert. Europa darf niemals ein in diesem Sinne „geschlossenes“ werden (Fortress Europe). Ein klassischer Europäischer Bundesstaat würde die Logik des 19. Jahrhunderts nur fortschreiben. Nationalstaatliche Vorstellungen lassen sich nicht auf Europa projizieren. Als Identitätsprojekt sowohl subregional für einen über Jahrtausende geformten diversen Kulturraum als auch global für eine nach Politikbereichen diskursiv vernetzte Welt taugte dies nicht. Im Gegenteil, die Domestizierung staatlicher Gewaltausübung verlange auch auf globaler Ebene eine gegenseitige Einschränkung souveräner Handlungsspielräume.

Die nationale, in den Verfassungsstaaten bewährte gemeinschaftsbildende Vielfalt Europas ist Teil seines kulturellen Erbes und seiner kulturellen Zukunft. So wie die drei kulturellen Grundfreiheiten, die des Glaubens, der Wissenschaft und der Kunst, letztlich die Innovationspotentiale und Verjüngungspunkte des Verfassungsstaates bilden, so ist die Nation bei aller kultureller Offenheit gegenüber dem „Anderen“ ein Pfeiler und Garant der Verfassungsgemeinschaft Europa.

Was also will die Union? Zwar ist der Prozess der „Politisierung“ der Union seit Maastricht in vollem Gange. Dennoch kann ihre Finalität nur die gemeinsame und geteilte Finalität der in ihr organisierten Mitgliedstaaten sein. Trotz der affektiven Krise Europas ist und bleibt sie damit „Schicksalsgemeinschaft“. Durch den Verzicht auf Normenhierarchien und das Vertrauen auf loyalen Vollzug gemeinschaftsrechtlicher Normen ist sie auch freiwillige Rechtsgemeinschaft. Die Union ist also kein Übergangskonzept in einer Entwicklungsautomatik vom Staatenbund zum europäischen Bundesstaat. Unter der „Herrschaft des Rechts“ ist sie vielmehr immer *contrat social*, ein „Sich-Vertragen und Sich-Ertragen aller“.

Die europäische Integration ist zwar als Kontrakt konzipiert und ein vernunftgeleitetes Projekt der Aufklärung. Doch bleibt bei alledem das Wesen Europas die stete diskursive Suche nach Gemeinsamkeiten in den unterschiedlichen Visionen seiner verschiedenen Akteure. Mythen und Utopien können hier helfen – als Projektionsfläche und Inspirationsspeicher –, indem sie an transzendente Werte jenseits des politischen Tagesgeschäfts appellieren. Das meinte Giscard als er davon sprach „Europa zu erträumen“.

Cui bono? Weiler fragt ironisch nach dem „Kaiser in den neuen Kleidern“ Maastrichts. Letzten Endes geht es um und mit Europa um die Emanzipation des Bürgers aus der nationalen Enge, es geht nicht nur im rechtlichen Sinne um empowerment. Europa ist ein kosmopolitisches Projekt zur Einhegung des Leviathans Nationalstaat. Freilich haben Nationalstaaten – und deren Gliederungen – eine wichtige Rolle zu spielen als kollektiver Begründungszusammenhang von und für Individuen. Sie sind Identitätsspender und Heimatstifter. Doch Recht und Grund-Recht bleiben „kulturanthropologische Prämisse“ auch der EU: Nur der Mensch – nicht bloß der „Marktbürger“ oder der „Medianwähler“ – ist der letzte Adressat allen staatli

chen Schaffens und Wirkens. Auch Tahar Ben Jelloun schreibt: „wer Europäer wird, trägt damit zur Kultur der Moderne bei, ohne die Werte seiner Zivilisation und Identität zu verleugnen. Europäer sein heißt, Grundwerte wie die Achtung der Menschenrechte zu vertreten, ohne seine Traditionen und seine Authentizität zu verlieren“.

Ein solches Kantisches Projekt, ein „Europäischer Traum“ in *varietate concordia* könnte eine nicht zu unterschätzende Identitätswirkung entfalten und mit seinen Inhalten von Inklusivität, Diversität, Lebensqualität, Nachhaltigkeit, Umwelt- und Menschenrechten, gar von universeller Bedeutung und Welt-Geltung sein. Dann aber ist der Agenors Tochter ein Platz an Kretas Sonne gewiss – als strahlendes Beispiel für Frieden, Werte, Wohlstand auf dem Kontinent der Kriege.

Wer setzt also die Verfassung? Europa ist noch immer mehr Staaten- denn Bürgerunion. Das ist dem Charakter der Union als Janus mit dualer Legitimation über Bürger und Mitgliedstaaten geschuldet. Nationalstaaten– und deren Gliederungen – haben eine wichtige Rolle zu spielen als kollektiver Begründungszusammenhang von und für Individuen. Sie sind Identitätssponder und Heimatstifter – und als solche „in kantischer Absicht“ tragende Pfeiler des Europäischen Projekts. Ein „Staatsvolk“ oder auch nur eine „Aggregation der Staatsvölker“ als unmittelbarer Ursprung einer *volonté générale européenne* ist der Union schlicht wesensfremd – ebenso übrigens, wie ein Europäischer Bundesstaat oder auch eine reine Freihandelszone. Europa ist und bleibt Idee, eine Projektionsfläche für die Finalitätsvorstellungen ihrer verfassungspolitischen Akteure. Ihren Wettstreit transparent zu machen, ihn einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich und damit der Kritik zugänglich zu machen, beendet die Geheimdiplomatie in den „Brüsseler Hinterzimmern“, das unwürdige Geschacher um die Zukunft der Schicksalsgemeinschaft. Das würde den politischen und rechtlichen Europaverfassungsdiskurs in der Medienöffentlichkeit professionalisieren und dem Europäischen Projekt jenseits der Debatte um die Staats- und Integrationssymbole endlich wieder das geben, was es so dringend benötigt: Respekt.

DIAS-Kommentare

- 1 Alexander Alvaro
Der globalisierte Terror 29. April 2003
- 2 Michaela Hertkorn
Why do German-US Relations matter to the Transatlantic Relationship 17. Juni 2003
- 3 Henricke Paepcke
Die Rolle der UNO im Nachkriegs-Irak 17. Juni 2003
- 4 Panagiota Bogris
Von Demokratie und Bildung im Irak nach Saddam Hussein 18. Juli 2003
- 5 Ulf Gartzke
Wirtschaft und Gesellschaft: Eine Partnerschaft ohne Alternative 19. Juli 2003
- 6 Lars Mammen
Herausforderung für den Rechtsstaat – Gerichtsprozesse gegen den Terroristen 11. September 2003
- 7 Ulf Gartzke
Von der Wirtschaft lernen heißt voran zu kommen 21. September 2003
- 8 Daniel J. Klocke
Das Deutsche Völkerstrafgesetzbuch – Chance oder Farce 21. September 2003
- 9 Elizabeth G. Book
US Guidelines a Barrier to German-American Armaments Cooperation 10. Oktober 2003
- 10 Dr. Bastian Giegerich
Mugged by Reality? German Defense in Light of the 2003 Policy Guidelines 12. Oktober 2003
- 11 Barthélémy Courtment
Understanding the deep origins of the transatlantic rift 22. Oktober 2003
- 12 Rolf Schwarz
Old Wine, New Bottle: The Arab Middle East after September 11th 09. November 2003
- 13 Ulf Gartzke
Irrelevant or Indispensable? – The United Nations after the Iraq War 15. November 2003
- 14 Daniel J. Klocke
Das Ende der Straflosigkeit von Völkerrechtsverbrechern? 15. November 2003
- 15 Panagiota Bogris
Erziehung im Irak – Ein Gewinn von Bedeutung 21. November 2003
- 16 Jessica Duda
Why the US counter – terrorism and reconstruction policy change? 21. November 2003
- 17 Elizabeth G. Book
Creating a Transatlantic Army: Does the NATO Response Force subvert the European Union? 29. November 2003
- 18 Holger Teske
Der blinde Rechtsstaat und das dreischneidige Schwert der Terrorismusbekämpfung 29. November 2003
- 19 Niels-Jakob Küttner
Spanische Momentaufnahme: 25 Jahre Verfassung 11. Dezember 2003

- | | | |
|----|---|-------------------|
| 20 | Unbekannt
Der große europäische Teppich | 11. Dezember 2003 |
| 21 | Unbekannt
Die Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und ihre Auswirkungen auf das System Internationaler Friedenssicherung | 14. Januar 2004 |
| 22 | Dimitrios Argirakos
Marx reloaded – einige Gedanken zum 155. Jährigen Jubiläum des kommunistischen Manifestes | 08. März 2004 |
| 23 | Ulf Gartzke
Regime Change à la El Kaida | 20. März 2004 |
| 24 | R. Alexander Lorz
Zur Ablehnung des Annan-Plans durch die griechischen Zyperer | 27. April 2004 |
| 25 | Alexander Siedschlag
Europäische Entscheidungsstrukturen im Rahmen der ESVP: Möglichkeiten und Grenzen der Harmonisierung | 02. Mai 2004 |
| 26 | Niels-Jakob Küttner
Mission stabiler Euro: Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist dringend notwendig | 17. Juni 2004 |
| 27 | Karim Zourgui
Die innere Selbstbestimmung der Völker im Spannungsverhältnis von Souveränität und Entwicklung | 02. Juli 2004 |
| 28 | Dimitrios Argirakos
Rückkehr zum Nationalismus und Abschied von der Globalisierung | 02. Juli 2004 |
| 29 | Alexander Alvaro
Man zäumt ein Pferd nicht von hinten auf – Biometrische Daten in Ausweisdokumenten | 14. Januar 2005 |
| 30 | R. Alexander Lorz
Zurück zu den "Vereinigten Staaten" von Europa | 14. Januar 2005 |
| 31 | Harpriye A. Juneja
The Emergence of Russia as Potential Energy Superpower and Implications for U. S. Energy Security in the 21st Century | 22. Januar 2005 |
| 32 | Joshua Stern
NATO Collective Security or Defense: The Future of NATO in Light of Expansion and 9/11 | 22. Januar 2005 |
| 33 | Caroline Oke
The New Transatlantic Agenda: Does it have a future in the 21st Century? | 22. Januar 2005 |
| 34 | Dustin Dehez
Globalisierte Geopolitik und ihre regionale Dimension. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft | 01. Februar 2005 |
| 35 | Marwan Abou-Taam
Psychologie des Terrors - Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch-islamischen Gesellschaft | 01. Februar 2005 |

- | | | |
|----|--|------------------|
| 36 | Dimitrios Argirakos
Die Entente der Halbstarke, die neue Weltordnung und Deutschlands Rolle in Europa | 10. Februar 2005 |
| 37 | Jessica Heun
Die geplante Reform der Vereinten Nationen umfasst weit mehr als die Diskussion um einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat wiedergibt... | 17. Februar 2005 |
| 38 | Dustin Dehez
Umfassender Schutz für Truppe und Heimat? | 01. März 2005 |
| 39 | Dimitrios Argirakos
Über das Wesen der Außenpolitik | 02. Mai 2005 |
| 40 | Babak Khalatbari
Die vergessene Agenda- Umweltverschmutzung in Nah- und Mittelost | 02. Mai 2005 |
| 41 | Panagiota Bogris
Die Überwindung von Grenzen – Toleranz kann man nicht verordnen | 09. Mai 2005 |
| 42 | Jessica Heun
Quo vadis Roma? | 17. Mai 2005 |
| 43 | Patricia Stelzer
Politische Verrenkungen - Schröders Wunsch nach Neuwahlen trifft auf Weimarer Spuren im Grundgesetz | 27. Mai 2005 |
| 44 | Daniel-Philippe Lüdemann
Von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Non-governmental Organisations | 02. Juni 2005 |
| 45 | Dr. Michaela Hertkorn
France saying 'Non' to the EU Constitution and Federal Elections in Germany: The likely Impact on Intra – European Dynamics and Transatlantic Relations | 03. Juni 2005 |
| 46 | Babak Khalatbari
Freihandel versus Demokratisierung: Die euromediterrane Partnerschaft wird 10 Jahre alt | 04. Juni 2005 |
| 47 | Edward Roby
A hollow economy | 13. Juni 2005 |
| 48 | Patricia Stelzer
Operation Murambatsvina - Mugabes „Abfallbeseitigung“ in Simbabwe steuert auf eine humanitäre Katastrophe hinzu | 02. Juli 2005 |
| 49 | Lars Mammen
Terroranschläge in London – Herausforderungen für die Anti-Terrorismuspolitik der internationalen Gemeinschaft und Europäischen Union | 08. Juli 2005 |
| 50 | Daniel Pahl
Die internationale Ratlosigkeit im Fall Iran | 19. Juli 2005 |
| 51 | Michaela Hertkorn
An Outlook on Transatlantic Relations – after the 'no-votes' on the EU constitution and the terror attacks in London | 22. Juli 2005 |
| 52 | Dustin Dehez
Der Iran nach der Präsidentschaftswahl – Zuspitzung im Atomstreit? | 24. Juli 2005 |

53	Edward Roby Who 'll stop the winds?	29. Juli 2005
54	Patricia Stelzer Lost in global indifference	01. August 2005
55	Dustin Dehéz Der Friedensprozess im Südsudan nach dem Tod John Garangs	04. August 2005
56	Dr. Dimitrios Argirakos Die diplomatische Lösung im Fall Iran	12. August 2005
57	Jessica Heun Entsteht mitten in Europa eine neue Mauer?	23. August 2005
58	Wilko Wiesner Terror zwischen Okzident und Orient – neue Kriege ohne Grenzen?	31. August 2005
59	Edward Roby Where do Jobs come from?	04. September 2005
60	Lars Mammen Remembering the 4 th Anniversary of 9-11	11. September 2005
61	Ulf Gartzke The Case for Regime Change in Berlin And Why It Should Matter to the U.S	16. September 2005
62	Sascha Arnautovic Auge um Auge, Zahn um Zahn: Im Irak dreht ich die Spirale der Gewalt unaufhörlich weiter	27. September 2005
63	Dustin Dehéz Ballots, Bombs and Bullets – Tehran's stirrings in Southern Iraq	25. Oktober 2005
64	Michaela Hertkorn Security Challenges for Transatlantic Alliance: an Initial Assessment after German Elections	07. November 2005
65	R. Alexander Lorz The Eternal Life of Eternal Peace	07. November 2005
66	R. Alexander Lorz International Constraints on Constitution - Making	08. November 2005
67	Unbekannt The NATO Response Force – A 2006 Deliverable?	15. November 2005
68	Jessica Heun 10 Jahre nach Dayton – Selbstblockade statt Entwicklung	15. November 2005
69	Hendrik Schulten Wie ist die Feindlage? Umwälzungen im Bereich des Militärischen Nachrichtenswesens der Bundeswehr	02. Dezember 2005
70	Edward Roby Transatlantic financial market: integration or confrontation?	12. Dezember 2005
71	Dustin Dehéz Terrorism and Piracy – the Threat Underestimated at the Horn of Africa	25. Dezember 2005

72	Franz Halas/Cornelia Frank Friedenskonsolidierung mit polizeilichen Mitteln? Die Polizeimission EUPOL-PROXIMA auf dem Prüfstand	16. Januar 2006
73	Mark Glasow Neue strategische Überlegungen zur Rolle des 'Terrorismus' auf der internationalen Bühne	07. Februar 2006
74	Ulf Gartzke What Canada's Prime Minister can learn from the German Chancellor	09. Februar 2006
75	Edward Roby Control of oil is dollar strategy	13. Februar 2006
76	Dr. Lars Mammen Erster Prozess zum 11. September 2001 in den USA – Beginn der richterlichen Aufarbeitung?	10. März 2006
77	Edward Roby New asset class for cosmopolitan high rollers	18. März 2006
78	Daniel Pahl Thoughts about the military balance the PRC and the USA	18. März 2006
79	Dustin Dehéz Deutsche Soldaten ins Herz der Finsternis? Zur Debatte um die Entsendung deutscher Truppen in die Demokratische Republik Kongo	18. März 2006
80	Lars Mammen Zum aktuellen Stand der Debatte in der Generalversammlung um eine Umfassende Konvention gegen den internationalen Terrorismus	26. März 2006
81	Edward Roby Clocking the speed of capital flight	17. April 2006
82	Ulf Gartzke Turkey's Dark Past and Uncertain Future	17. April 2006
83	Lars Mammen Urteil im Prozess um die Anschläge vom 11. September 2001 – Lebenslange Freiheitsstrafe für Moussaoui	04. Mai 2006
84	Jessica Heun See no evil, hear no evil, speak no evil... sometimes do evil	23. Mai 2006
85	Tiffany Wheeler Challenges for a Transatlantic Cohesion: An Assessment	23. Mai 2006
86	Dustin Dehéz Obstacles on the way to international recognition for Somaliland	29. Mai 2006
87	Dustin Dehéz Islamismus und Terrorismus in Afrika – Gefahr für die transatlantischen Interessen?	01. Juni 2006
88	Samuel D. Hernandez Latin America's Crucial Role as Transatlantic Player	21. Juni 2006
89	Sarabeth K. Trujillo The Franco – American Alliance: The Steel Tariffs, Why the Iraq War Is Not A Deal – Breaker, & Why the Alliance Still Matters	21. Juni 2006

90	Matthew Omolesky Polish – American Security Cooperation: Idealism, Geopolitics and Quid Pro Quo	26. Juni 2006
91	Eckhart von Wildenradt A delicate Relationship: Explaining the Origin of Contemporary German and French Relations under U.S. Hegemony 1945 - 1954	26. Juni 2006
92	Gesine Wolf-Zimper Zuckerbrot und Peitsche - zielgerichtete Sanktionen als effektives Mittel der Terrorbekämpfung?	01. Juli 2006
93	Edward Roby The geopolitics of gasoline	10. Juli 2006
94	Michaela Hertkorn Gedanken zu einer Friedenstruppe im Südlibanon	01. August 2006
95	Edward Roby Germany's 2% boom	11. September 2006
96	Lars Mammen Die Bekämpfung des Internationalen Terrorismus fünf Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001	12. September 2006
97	Dustin Dehéz Running out of Options – Reassessing Western Strategic Opportunities in Somalia	28. September 2006
98	Edward Roby Asian energy quest roils worldwide petroleum market	02. Oktober 2006
99	Christopher Radler Ägypten nach den Parlamentswahlen	11. Oktober 2006
100	Michaela Hertkorn Out-of-Area Nation – Building Stabilization: Germany as a Player within the NATO- EU Framework	16. November 2006
101	Raphael L'Hoest Thailändische Energiepolitik – Erneuerbare Energien: Enormes Potenzial für Deutsche Umwelttechnologie	10. Januar 2007
102	Klaus Bender The Mystery of the Supernotes	11. Januar 2007
103	Dustin Dehéz Jahrhundert der Ölkriege?	11. Januar 2007
104	Edward Roby A Nutcracker for Europe's energy fantasies	14. Januar 2007
105	C. Eduardo Vargas Toro Turkey's Prospects of Accession to the European Union	25. Januar 2007
106	Unbekannt Davos revives Doha: Liberalized world trade trumps bilateral talk	30. Januar 2007
107	Edward Roby Healthy market correction or prelude to a perfect storm?	19. März 2007

108	Edward Roby Upswing from nowhere	25. Mai 2007
109	Daniel Pahl Restraint in interstate – violence	29. Juni 2007
110	Michaela Hertkorn Deutsche Europapolitik im Zeichen des Wandels: Die Deutsche EU- Ratspräsidentschaft aus der Transatlantischen Perspektive	02. Juli 2007
111	Tatsiana Lintouskaya Die politische Ausgangslage in der Ukraine vor der Wahl	10. August 2007
112	Edward Roby Western credit crunch tests irreversibility of globalization	10. August 2007
113	Holger Teske Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: Der Niedergang der fünften Republik?	31. August 2007
114	Edward Roby Euro shares reserve burden of wilting dollar	22. Oktober 2007
115	Peter Lundin The Current Status of the Transatlantic Relationship – 4 Points of Consideration	07. November 2007
116	Michaela Hertkorn Challenge of Successful Post – War Stabilization: More Questions than Answers for the NATO-EU Framework	01. Dezember 2007
117	Dimitrios Argirakos Merkels Außenpolitik ist gefährlich	07. Dezember 2007
118	Edward Roby Crisis tests paradigm of global capital – a European perspective	07. Dezember 2007
119	Dr. Christian Wipperfürth Afghanistan – Ansatzpunkt für eine Zusammenarbeit Russlands mit dem Westen	05. Januar 2008
120	Dustin Dehéz Somalia – Krieg an der zweiten Front?	06. Februar 2008
121	Edward Roby Can Europe help repair the broken bubble?	10. Februar 2008
122	Dr. Christian Wipperfürth Bevölkerungsentwicklung in langer Schicht: Mittel und langfristige Konsequenzen	18. März 2008
123	Philipp Schweers Jemen vor dem Kollaps?	18. März 2008
124	Philipp Schweers Pakistan – Eine „neue Ära wahrer Politik“ nach der Wahl?	01. April 2008
125	Christian Rieck Zur Zukunft des Völkerrechts nach dem 11. September – Implikationen der Irakintervention	02. April 2008

126	Christian Rieck Iran and Venezuela: A nuclear "Rogue Axis" ?	02. April 2008
127	Philipp Schweers Towards a " New Middle East" ?	09. April 2008
128	Christian Rieck Ein Versuch über die Freiheit - Nur die Freiheit von heute ist die Sicherheit von morgen	02. Mai 2008
129	Christopher Radler Islamischer Fundamentalismus und Geopolitik – vom europäischen Kolonialismus bis zum Globalen Dschihad	06. Mai 2008
130	Ulrich Petersohn Möglichkeiten zur Regulierung von Privaten Sicherheitsunternehmen (PSF)	09. Mai 2008
131	Edward Roby Food joins energy in speculative global price spiral	09. Mai 2008
132	Edward Roby Central Banks declare war on resurgent inflation	12. Juni 2008
133	Daniel Werdung Airbus vs. Boeing: Neue Tankerflugzeuge für die US - Luftwaffe	12. Juni 2008
134	Christian Rieck Bemerkung zum europäischen Traum	13. Juni 2008
135	Philipp Schweers Zukunftsbranche Piraterie?	13. Juni 2008
136	Philipp Schweers Yemen: Renewed Houthi - Conflict	19. Juni 2008
137	Philipp Schweers Iran: Zwischen Dialogbereitschaft, äußeren Konflikten und persischem Nationalismus	20. Juni 2008
138	Dustin Dehéz Der Ras Doumeira–Konflikt – ist ein Krieg zwischen Eritrea und Djibouti unausweichlich?	09. Juli 2008
139	Philipp Schweers A new security paradigm for the Persian Gulf	09. Juli 2008
140	Edward Roby Mission Impossible: Quell "stagflation" with monetary policy	27. August 2008
141	Edward Roby Wallstreet on welfare, dollar on Skid Row	25. September 2008
142	Burkhard Theile Bankenkrise und Wissensgesellschaft	21. November 2008
143	Christopher Radler Die Anschläge von Mumbai als Machwerk al- Qa'idás?	30. Dezember 2008
144	Edward Roby Credit crisis starts to level global trade imbalances	14. Januar 2009

145	Daniel Pahl Barack H. Obama – Der amerikanische Präsident	20. Januar 2009
146	Christopher Radler Der Einfluss des Internets auf islamistische Gewaltdiskurse	29. Januar 2009
147	Christian Rieck The Legacy of the Nation – State in East Asia	29. März 2009
148	Edward Roby A recovery on credit	04. September 2009
149	Christopher Radler Anmerkungen zur Medienoffensive Al Qa'idas	28. Oktober 2009
150	Rana Deep Islam Zehn Jahre nach Helsinki – Die türkisch-europäischen Beziehungen in der Sackgasse	13. Dezember 2009
151	Edward Roby Devil gas takes blame for death and taxes	16. Dezember 2009
152	Vinzenz Himmighofen Ägyptens Grenzpolitik – Ein Balanceakt	15. Januar 2010

DIAS ANALYSEN stehen unter <http://www.dias-online.org/31.0.html> zum Download zur Verfügung.

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2009, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik,
Universitätsstraße 1 Geb. 24.91, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org